

Gerhards, Jürgen (2010): *Mehrsprachigkeit im vereinten Europa. Transnationales sprachliches Kapital als Ressource in einer globalisierten Welt*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. 244 S. kart. 24,95 €

in: *Sociolinguistica* 25: 169-174.

Dieses außerordentlich lesenswerte Buch befasst sich mit der Mehrsprachigkeit in der EU aus soziologischer Sicht. Es führt den Linguisten vor Augen, dass sie das für die betroffenen Menschen womöglich Wichtigste an diesem Thema notorisch übersehen: "Sie dominieren mit immer kleinteiligeren Fragestellungen und elaborierten Methoden das Forschungsfeld zur Mehrsprachigkeit (00) Allein die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, in die Menschen eingebettet sind, spielen in ihren Analysen so gut wie keine Rolle. Und Soziologen", so der Autor, "haben sich aus dem Feld der Sprachforschung und der Analyse der Bedingungen von Multilingualität zurückgezogen bzw. es nie betreten." (S.18) Zur Beendigung dieser Abstinenz seiner Fachkollegen, die nicht weniger konsternierend ist als die Blindheit der Linguisten, will der Autor einen Anstoß und Beitrag leisten. So jedenfalls mein Verständnis einer der zentralen Intentionen dieses Buches, der es zweifellos gerecht wird. Es behandelt sein Thema fundiert und aus neuen Blickwinkeln - wenn mir auch gewisse Lücken und Einseitigkeiten aufgefallen sind, auf die ich (teilweise etwas beckmesserisch) en passant und vor allem am Schluss hinweise.

Die für die eigene Disziplin des Autors am meisten ernüchternde und grundstürzende Analyse findet sich in Kap. „2.2 Kritik des ‚linguistic turn‘ in der soziologischen Theoriebildung“ (S. 55-79). Sie enthüllt eklatante Lücken und Mängel von drei "Groß- bzw. Metatheorien" vor allem der deutschen oder in der deutschen Tradition stehenden Soziologie, nämlich der "Theorie des kommunikativen Handelns von Jürgen Habermas", der "Systemtheorie von Niklas Luhmann" und der "verstehenden Soziologie" von Alfred Schütz, Thomas Luckmann und Peter Berger (S. 55). Habermas und Luhmann ignorieren in ihren paradigmengestaltenden Theoriegebäuden die triviale Tatsache der sprachlichen Vielfalt und operieren implizit auf der abgehobenen Annahme einer - eben nicht vorhandenen - Universal sprache. Die im Turmbau zu Babel mythologisierte Vielsprachigkeit der Welt würde sie zu erheblichen Modifikationen sowohl der Theorie als auch daraus abzuleitender praktischer Folgerungen zwingen. Schütz und Nachfolger überschätzen umgekehrt die Folgen der sprachlichen Vielfalt, insofern sie - in der Tradition von Herder, Wilhelm von Humboldt und Whorf - die kognitive Wirklichkeitskonstitution in zu großer Abhängigkeit von der Struktur der Einzelsprachen sehen und die Sprachsoziologie in eine Wissens soziologie überführen (S. 70). Zwar mögen manche Linguisten Gerhards Kritik an der Humboldt-Whorf-Hypothese (vor allem S. 75-79) für überzogen halten; jedoch finde ich sie im Grundsatz überzeugend - nur vermisse ich den Bezug auf Heinz Kloss (z.B. 1978: Kap. I) und dessen Theorie des "Sprachausbaus", wonach jede Sprache durch (vor allem lexikalischen) "Ausbau" je nach Bedarf für kognitive und kommunikative Zwecke tauglich gemacht werden kann.

Bei Kloss hätte Gerhards auch in der deutschen Soziologie oder besser Sprachsoziologie einen Beitrag für sein Anliegen finden können - wenn auch nur als bescheidene Ergänzung zu seiner zweifellos berechtigten grundlegenden Ausrichtung an Pierre Bourdieu. Schon der Titel verrät ja diese Orientierung durch den gegenüber der Ökonomie im engeren Sinn und auch gegenüber Marx erweiterten Kapital-Begriff. Dabei wird - unter Rückgriff auch auf Max Weber - Sprache als Kapital in zweifacher Hinsicht gesehen: als "instrumentelles Kapital", das der "Vergesellschaftung" dient, und als "symbolisches Kapital", das die „Vergemeinschaftung“ befördern kann (S. 9-55). Der für das vorliegende Buch wesentliche, spezifische Begriff ist allerdings der des "transnationalen sprachlichen Kapitals" (S. 49-55 - von Gerhards auch in missglückter Transferenz aus dem Englischen „trans nationales linguistisches Kapital“ genannt, S. 51). Sprache kann solches Kapital sein, sofern sie für Menschen eine Ressource auch für nationübergreifendes Handeln bildet. Eine Art von „Humankapital“ also (um den zweifelhafterweise einst als Unwort des Jahres verdammten Terminus

zu verwenden), das internationale Mobilität und die Teilnahme an internationalen Netzwerken ermöglicht sowie den internationalen Austausch von Waren, sonstigem Kapital, Dienstleistungen und Arbeitskräften wie auch den Aufbau internationaler politischer Beziehungen und Organisationen.

Der Inbegriff einer solchen Ressource sind Fremdsprachenkenntnisse, die erst - jedenfalls in einer von tendenziell monolingualen Nationalstaaten geprägten Welt - Kommunikation über die einzelstaatlichen "Container" hinaus ermöglichen. Wer mehrere Fremdsprachen beherrscht, besitzt damit auch mehr von diesem transnationalen Kapital, vor allem wenn sich die Sprache mit der größten Verbreitung darunter befindet, nämlich Englisch. Ein solcher Besitz ist sowohl Instrument zur Kommunikation und zur Gewinnung des damit Erreichbaren als auch Symbol der Zugehörigkeit zu, womöglich sogar der Identifikation mit der aufkommenden "Gemeinschaft" einer "transnationalen Klasse" überschichtlicher Weltbürger (S. 54).

Ich hoffe, dass dieser hier unvermeidlich verkürzte Explikationsversuch des Begriffs ‚transnationales sprachliches Kapital‘ ungefähr im Sinne des Autors ist. Allerdings frage ich mich, ob die Rede von "Transnationalität" wirklich treffgenau ist, da die fragliche Ressource doch nicht nur Kommunikation und Handeln über die Grenzen der Nationen oder Staaten, sondern genauer eigentlich der Einzelsprachen bzw. der durch sie konstituierten Sprachgemeinschaften hinweg ermöglicht, also z.B. nicht zwischen Deutschen und Österreichern, sondern zwischen Deutschen und Tschechen. Auf der Grundlage meiner eigenen Definitionsbemühungen des Begriffs ‚internationale Kommunikation‘ wäre es damit "translinguales Kapital" (Ammon 1991: 9-15), wobei dieser Terminus aber vielleicht - abgesehen von der eingestandenem Undeutlichkeit - der Wirkmächtigkeit des Staates (Nationalstaates) auf das Handeln der Individuen unzureichend Rechnung trüge.

An die Idee des transnationalen sprachlichen Kapitals knüpft - nach der Kritik an den für den vorliegenden Zweck unbrauchbaren "Großtheorien" der deutschen Soziologie - Kapitel 3 an, worin Gerhards die "gesellschaftlichen Rahmenbedingungen" für die Entstehung und Wirksamkeit dieses spezifischen Kapitals darstellt. In 3.1 skizziert er die Entwicklung der Nationalstaaten mit (auf der Grundlage der Dialekte) standardisierter Nationalsprache und - abgesehen von einzelnen Ausnahmen (wie Schweiz, Belgien) - Verdrängung aller anderen Sprachen. Aus diesen Nationalstaaten heraus und über sie hinaus entfaltet sich dann die weiter in der Entwicklung begriffene „Weltgesellschaft“ mit der "Hegemonie des Englischen". Für die in dieses Kapitel einführenden Überlegungen zu den „Allgemeine[n] Mechanismen des Sprachwandels“ (S. 83-85) wären allerdings die "Prinzipien der Sprachgeschichte" von Hermann Paul (1880) erhellender gewesen als Salikoko Mufwene's teils an der Haaren herbeigezogenen Lamarck'schen Analogien und Metaphern (wenn diese auch bei Cambridge University Press veröffentlicht wurden).

In Kap. 3.2 identifiziert und charakterisiert Gerhards einerseits Europa als Ausgangspunkt und auch Triebfeder der Globalisierung und schildert andererseits vor allem die wirtschaftliche und politische Integration der europäischen Nationalstaaten im größeren europäischen Verband der EU (Kap. 3.2.5: „Europäisierung als Transnationalisierung der Gesellschaften der Europäischen Union“, S. 115-123). Dabei schreitet, zusätzlich zur Europäisierung, auch die der Globalisierung der EU-Mitgliedstaaten voran (S. 123-126). Hier hätte auch thematisiert werden können, dass die EU-Mitgliedstaaten ihre Sprachenpolitik womöglich noch mehr auf die Globalisierung als auf die Europäisierung ausrichten. Jedenfalls legt ihre durchgängige Hochstufung von Englisch zur immer vorrangigeren Schulfremdsprache diesen Gedanken nahe, denn innerhalb der EU allein verdiente Englisch wohl kaum dieses Übergewicht (vgl. dazu *Sociolinguistica* 24).

Insofern aber die schulcurriculare Hochstufung von Englisch doch auch Teil der Europäisierung der EU-Mitgliedstaaten ist, konterkariert sie die offizielle EU-Sprachenpolitik, die Gerhards in Kap. 3.3 ausführlich und treffend darstellt (S. 126-149). Ihr deklariertes oberstes Ziel ist nämlich vor allem die Bewahrung und sogar Förderung der Vielsprachigkeit der EU, die hauptsächlich durch das Mantra "Sprachvielfalt = Kulturvielfalt = kultureller Reichtum" legitimiert wird. Zu dieser Sprach-

vielfalts-Politik gehören die Anerkennung und Anwendung von 23 EU-Amtssprachen, der umfassende Schutz von - allerdings primär nur autochthonen - Minderheitensprachen (soweit die Mitgliedstaaten dabei mitmachen), die Förderung der individuellen Mehrsprachigkeit und - bemerkt Gerhards treffend (S. 148) - die Abstinenz von der Förderung einer Lingua franca für Europa (obwohl, muss hinzugefügt werden, das Thema neuerdings auf die Agenda der EU-Kommission gesetzt wurde: European Commission 112011 - dankenswerter Hinweis von Jan Kruse). Offenkundig gewährleistet diese EU-Sprachenpolitik jedoch gerade nicht das, was für die Fortentwicklung des Staatenverbandes im Sinne erklärter Zielsetzungen wesentlich wäre, nämlich dass alle EU-Bürger, egal welcher Muttersprache, mit einander kommunizieren und interagieren können. Erst damit wäre nämlich die viel beschworene Mobilität zwischen den Mitgliedstaaten oder die Schaffung einer EU-weiten politischen Öffentlichkeit von der sprachlichen Seite her gewährleistet. Dagegen bliebe das Ergebnis der Sprachvielfalts-Politik wohl dauerhaft auf nur begrenzt verfügbare, kostspielige und fehlerbelastete Hilfsmittel wie umfangreiche Dolmetschung und Übersetzung angewiesen, die vor allem in den EU-Institutionen praktiziert werden.

Wie weit die EU noch entfernt ist von der allseitigen Kommunikationsfähigkeit ihrer Bürger und Institutionen, untersucht Gerhards gründlich und detailliert in Kap. 4. (S. 151-212), vor allem in 4.1 (S. 152-162), teils durch Sekundäranalysen, aber nicht geringen Teils auch durch eigene empirische Forschung. Weiterhin überprüft er eine Reihe von hypothetischen Faktoren, die individuelle Unterschiede in der Ausstattung mit transnationalem sprachlichem Kapital erklären können. Diese Untersuchung hat vor allem den Vorzug theoretischer Fundierung und der Formulierung expliziter Hypothesen, die auf Falsifizierbarkeit getestet werden. Sie werden allerdings fast ausnahmslos zumindest tendenziell bestätigt (S. 169-205), nämlich (in verkürzter Wiedergabe), dass eher eine Fremdsprache sprechen:

- Einwohner von Ländern mit mehreren staatlichen Amtssprachen als mit nur einer Amtssprache
- Sprecher einer "numerisch schwachen Sprache" (mein Ausdruck), also mit wenigen Sprechern, im Vergleich zu Sprechern einer numerisch starken Sprache
- Menschen in kleineren Ländern als in größeren (wobei ich mich frage, ob die Größe des Landes zusätzlich zur numerischen Stärke der Sprache, also der Größe der Sprachgemeinschaft, ins Gewicht fällt und hier wirklich unabhängig davon getestet wurde, S. 173-175)
  - jüngere Menschen als ältere
  - höher Gebildete als geringer Gebildete (der stärkste Faktor)
  - Kinder von Eltern mit eigener "transnationaler Erfahrung" als ohne solche
  - Menschen, die sich weniger mit dem eigenen Land identifizieren, als solche, die es mehr tun.

Ein Gutteil dieser Faktoren, die den Erwerb von Fremdsprachenkenntnissen begünstigen, wirken zugleich zugunsten von Englischkenntnissen (S. 194-197). Diese werden darüber hinaus durch die Entwicklungstendenz der Weltgesellschaft gestärkt, die ganz in die Richtung weist, dass auch in absehbarer Zukunft "Englisch die unangefochtene Hegemonialsprache bleiben" wird (S. 210).

All diese Befunde und Einschätzungen sind vermutlich für viele Leser weniger überraschend als dann Gerhards darauf basierendes, abschließendes "Plädoyer für eine veränderte Sprachpolitik der Europäischen Union" (S. 213-226). Diese sollte sich, so Gerhards, auf das allen anderen Bestrebungen übergeordnete Ziel konzentrieren, Englisch als Lingua franca der EU zur fördern und durchzusetzen. Damit würden auch alle anderen Ziele der EU besser erreicht als mit der bisherigen Mehr- oder Vielsprachigkeits-Politik, wie die Chancengleichheit der Individuen auf Zugang zu den öffentlichen Ämtern, die Partizipation an einer gesamteuropäischen Gesellschaft, EU-weite Mobilität, stärkeres Wirtschaftswachstum, eine EU-weite Öffentlichkeit, die Identifizierung der Bürger mit

der EU (ein EU-Demos, aber kein EU-Ethnos) und damit - über die Vergesellschaftung hinaus - auch die Vergemeinschaftung der Staatenunion (S. 213-222).

Diese Vorzüge, die sich auf so bedeutende Vordenker wie John Rawls, Jürgen Habermas, Phi lippe van Parijs u.a. stützen, erscheinen gut begründet - auf den ersten Blick. Das offenkundige Problem der „Lingerechtigkeiten zwischen den verschiedenen Sprachen“ (S. 222) scheint lösbar. Es besteht einerseits darin, dass alle EU-Bürger Englisch zusätzlich lernen müssen und dennoch mit schlechteren Kenntnissen belastet sein werden, mit all den daraus folgenden kommunikativen Nachteilen, ausgenommen die Muttersprachler des Englischen, die alle Vorteile der Lingua franca als bloße „Trittbrettfahrer“ genießen (S. 222). Der zweite, „gewichtige Einwand“ gegen die Förderung von Englisch als Lingua franca, den Gerhards sieht, „kommt von denjenigen, die“ dadurch „nicht nur die anderen Sprachen, sondern mit dem Bedeutungsverlust der anderen Sprachen deren Kultur bedroht sehen.“ (S. 225)

Zunächst zum ersten Problem eines möglichen Ausgleichs zwischen den gewissermaßen zahlenden Teilnehmern und den bloßen Trittbrettfahrern. Er wäre nach Gerhards im Sinne einer ‚effizienten und fairen Sprachpolitik‘ „im Grundsatz“ möglich, indem sich die 27 EU-Mitgliedstaaten „in einem unterschiedlichen Ausmaß an der Finanzierung der Sprachpolitik der EU beteiligen“ (S. 223). Vorbild dafür „könnte die Regionalpolitik sein“, die ja schon lange finanzielle Ausgleiche schafft zugunsten der Mitgliedstaaten und Regionen „mit dem größten Entwicklungsrückstand“, Auf Englisch als Lingua franca übertragen, würde dies - wenn ich es richtig sehe - nichts Anderes bedeuten, als dass Großbritannien und Irland den größten Finanzausgleich schultern müssten. Nach meiner Einschätzung sind allerdings an deren Bereitschaft hierzu Zweifel berechtigt. Man denke nur an das zähe Festhalten des Mutterlandes der englischen Sprache am Briten-Rabatt aus Thatcher's Zeiten bzw. an die prekäre Finanzlage und eher gälische Identität des kleineren englischsprachigen Landes. Würden diese bei den Staaten der entsprechenden notwendigen Neufassung der „Verordnung Nr. 1 zur Regelung der Sprachenfrage“ des Europäischen Rates beipflichten, die nur einstimmig erfolgen könnte? Würden Sie nicht lieber unbelastet von finanziellen Ausgleichsverpflichtungen sich die EU-Sprachensituation weiter so entwickeln lassen, in die Richtung - die das Buch Gerhards selbst dokumentiert - von Englisch als EU-Lingua franca? Überhaupt fragt man sich, warum Gerhards Vorschlag nicht längst offizielle EU-Sprachpolitik ist, oder warum sogar nicht einmal weit begrenztere, ältere Vorschläge, wie Z.B. der einer einzigen internen EU-Arbeitsprache, zur offiziellen EU-Politik erklärt wurden (vgl. dazu van Eis 2005; Ammon 2006).

Ein Grund ist sicher der zweite, nach Auffassung Gerhards „gewichtige Einwand“ gegen das erklärte Ziel ‚Englisch als Lingua franca‘ von EU-Sprachpolitik. Gerhards versucht - unter maßgeblicher Argumentationshilfe von Phi lippe van Parijs (S. 226) und, an anderen Stellen des Buches, Abram de Swaan - den Zusammenhang zwischen Einzelsprache und Kultur oder womöglich gar Weltanschauung zu widerlegen. Seine Argumentation erscheint mir überzeugend, vor allem der Hinweis auf die großen kulturellen Divergenzen und weltanschaulichen Gegensätze zwischen Muttersprachlern ein und derselben Sprache, besonders offenkundig bei den rund um die Welt verankerten Sprachen, vor allem Englisch. Übersehen wird dabei allerdings die Asymmetrie der Produktion und Rezeption von Texten und Mediensendungen zwischen Muttersprachlern und Fremdsprachlern einer Sprache, die sich gerade am Beispiel des Englischen schon heute deutlich beobachten lässt. Die Muttersprachler haben einen viel höheren Anteil an der Produktion von Texten als die Fremdsprachler, die sich oft schon bei der Rezeption schwer tun. Dieser asymmetrische, wenn auch nicht ganz einseitige Kommunikationsfluss aus den englischsprachigen Ländern in den Rest der Welt wird von den Befürwortern einer EU- oder auch Welt-Lingua-franca-Politik wenig beachtet und würde durch die von Gerhards vorgeschlagene Politik noch verstärkt. Ob es einen wirksamen Ausgleich dafür gibt, ist fraglich.

Noch ratloser bin ich angesichts von - sehr wahrscheinlichen - Folgen, die mir als Germanist besonders auffallen und deren wohlfeile Zurückweisung als nationalen Egoismus mir als Bagatellisierung erscheint. Alle größeren Sprachgemeinschaften oder genauer: deren Staaten, fördern die Stellung der eigenen Sprache in der Welt. So auch die deutschsprachigen Länder, vor allem natürlich Deutschland (vgl. Ammon 1991: 524-566; 2005), das jährlich - sehr grob geschätzt, da die Ausgaben mit anderen Zwecken verflochten sind - ca. 500 Mio. € dafür ausgibt. Die Sprachgemeinschaften bzw. ihre Staaten versprechen sich davon Vorteile für die Pflege ihrer internationalen Beziehungen, und zwar in allen Handlungsfeldern: Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Kultur, Sport, Tourismus usw. Die Lerner und Kenner der Sprache sind eine Bereicherung für die jeweilige Sprachgemeinschaft, und zwar sowohl aufgrund der Vergesellschaftungs- als auch der Vergemeinschaftungsfunktion von Sprache, denn beide Funktionen sind - wie Gerhards bezüglich Englisch als Lingua franca im Hinblick auf die EU begründet - auch bei Fremdsprachen wirksam. Die Vergesellschaftungsfunktion aufgrund effizienterer Kommunikation liegt auf der Hand; aber auch die Gemeinschaftsfunktion zeigt sich z.B. daran, dass Lerner von Deutsch als Fremdsprache (DaF) durchschnittlich ein positiveres Bild von den deutschsprachigen Ländern haben als andere Menschen und schon deshalb auch eher Kontakte dorthin pflegen.

Ich bin mir nicht sicher, ob Gerhards auch an diese Zusammenhänge denkt, wenn er empfiehlt, "die Dominanz des Englischen als ‚Lingua franca‘ in Europa ( ... ) politisch aktiv zu fördern und dies auch auf Kosten der Förderung anderer Sprachen" zu tun (S. 226). Jedenfalls besteht kaum ein Zweifel daran, dass eine erklärte EU-Politik für Englisch als Lingua franca das Deutschlernen in der Welt erheblich beeinträchtigen könnte. Es würde nämlich vor aller Welt die Aussicht eröffnen, dass mit den deutschsprachigen Ländern in absehbarer Zeit ganz auf Englisch kommuniziert werden kann. Dieser Eindruck könnte ca. 140.000 derzeitige DaF-Lehrer weltweit in ihrer beruflichen Existenz gefährden und ca. 14,5 Mio. DaF-Lerner hinsichtlich Berufsperspektiven und Wert ihrer Lerninvestition beeinträchtigen (Zahlen nach Netzwerk Deutsch 2010 - die DaF-Lehrer addieren sich auf 138.874, es fehlen aber Angaben für mehrere Länder, z.B. China). Für Sprachen wie Französisch, Italienisch oder Spanisch würde mutatis mutandis Ähnliches gelten.

Um die betroffenen Sprachgemeinschaften oder ihre Staaten für diese Perspektive zu erwärmen, müsste ihnen ein glaubhaftes Äquivalent des drohenden Schadens einschließlich der menschlichen Katastrophen präsentiert werden. Vermutlich wären ihnen die verbesserten Zukunftsaussichten für die EU als Kompensation zu unsicher, ganz zu schweigen von der möglichen finanziellen Entschädigung seitens der englischsprachigen EU-Mitgliedstaaten. Vor dieser Kulisse, scheint mir, dass eine allseits akzeptable sprachpolitische Lösung für die EU weit komplexer konzipiert sein müsste als Gerhards Vorschlag. Womöglich ist am Ende das, was wir haben, noch praktikabler: Die erklärte Förderung der Vielsprachigkeit, insoweit sie die Gemüter beruhigt, die Entwicklung verlangsam und damit zugleich allfällige Schmerzen mildert - und dabei dennoch, wie auch mir scheint, das Gegenteil ihrer propagierten Zielsetzung erreicht, nämlich die tatsächliche Entstehung und Festigung einer EU-Lingua franca auf der Basis hauptsächlich des Englischen.

#### Literaturhinweise

- Ammon, Ulrich (1991): *Die internationale Stellung der deutschen Sprache*. Berlin New York: W. de Gruyter.  
 Ammon, Ulrich (2005): Umkämpftes Privileg - Die deutsche Sprache. In: Kurt-Jürgen Maaß (ed.): *Kultur und Außenpolitik. Handbuch für Studium und Praxis*. Baden-Baden: Nomos, 85-94.

- Ammon, Ulrich (2006): Language Conflicts in the European Union. On finding a politically acceptable and practicable solution for EU institutions that satisfies divergent interests. *International Journal of Applied Linguistics* 16,319-338.
- European Commission, Directorate-General for Translation (2011): *Lingua Franca: Chimera or Reality?* 1/20 II [<http://ec.europa.eu/dgs/translation/publications/studies/linguajranca3n.pdf>].
- Kloss, Heinz (1978): *Die Entwicklung neuer germanischer Kultursprachen seit 1800*. 2., erw. Aufl. Düsseldorf: Schwarm.
- Netzwerk Deutsch (2010): *Statistische Erhebungen 2010. Die deutsche Sprache in der Welt*. München: Goethe- Institut [[http://www.daad.de/de/download/broschuere\\_netzwerk\\_deutsch\\_DeutschlerzahlenNetzwerk\\_Tabelle\\_2010.pdf](http://www.daad.de/de/download/broschuere_netzwerk_deutsch_DeutschlerzahlenNetzwerk_Tabelle_2010.pdf)].
- Sociolinguistica* 24 (2010): *Foreign Languages in the Schools of the European Union! Foreign Languages in the Schools of the European Union! Langues étrangères dans les écoles de L'Union Européenne*. Berlin New York: W. de Gruyter.
- Van Els, Theo (2005): Multilingualism in the European Union. *International Journal of Applied Linguistics* 15,263-281.
- Ulrich Ammon, Duisburg (Deutschland)